

Interessen ausloten.
Ansichten vertreten.
Verantwortung übernehmen.

Juristische Organisationen verurteilen rechtsextremen „Masterplan“ aufs Schärfste

10. Februar 2024

Was im November im kleinen Kreis nahe Potsdam entworfen wurde, ist mehr als nur eine schauerliche Vision. Es ist ein Angriff auf die Verfassung und den liberalen Rechtsstaat.

Ansprechperson

Emilia De Rosa

Stellvertretende Vorsitzende &
Vorständin für Öffentlichkeitsarbeit
vize@bundesfachschaft.de
+49 176 80855311

Die massenhafte Deportation von Menschen aus Deutschland darf nie wieder Realität werden. Die gesetzliche Legitimation solcher Phantasien muss mit allen juristischen und politischen Mitteln verhindert werden. Dieses Treffen darf sich in der Rückschau nicht als „zweite Wannseekonferenz“ entpuppen.

Die unterzeichnenden juristischen Organisationen stellen sich entschlossen gegen das skizzierte Konzept und das dahinterstehende Menschen- und Weltbild, das nicht nur unzähligen in Deutschland tätigen Juristinnen und Juristen, sondern uns allen nicht wiedergutzumachenden und dauerhaften Schaden zufügen würde.

Unterzeichnende Organisationen:

Bundesrechtsanwaltskammer

Deutscher Anwaltsverein e.V.

Deutscher Juristinnenbund

Deutscher Richterbund

Neue Richtervereinigung

Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V.

Vereinigung Berliner Strafverteidiger*innen e.V.

Hamburger Arbeitsgemeinschaft für Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger

Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.

Bundesverband der Unternehmensjuristen

Deutsche Strafverteidiger

Bündnis zur Reform der Juristischen Ausbildung e. V.

Deutscher EDV-Gerichtstag e.V.

Juristische Fakultät der Ruhr-Universität Bochum